

## **Bericht vom Kreistag (6/XI\_8.3.2022): Gegen Impfwang von Pflegekräften**

Gegen Impfwang von Pflegekräften Ein weiterer Antrag der AfD richtete sich gegen die einrichtungsbezogene Impfpflicht, die zum 15.03.2022 wirksam werden soll. Die Fraktion forderte einen Appell an die hessische Landesregierung, diese Impfpflicht auf unbestimmte Zeit auszusetzen und damit dem Beispiel der Bundesländer Bayern und Sachsen zu folgen.

Die Impfpflicht sei ein Schlag ins Gesicht aller Pflegekräfte, Krankenschwestern und aller sonstigen im medizinischen Bereich Tätigen, die sich seit 2 Jahren dafür aufopferten, die Folgen der Pandemie zu bewältigen und dafür von der Politik gelobt und gefeiert worden seien, begründete Ulrich Fachinger die Position der Fraktion. Und jetzt, da die Pandemie zu Ende gehe, zähle plötzlich der Impfstatus.

Die AfD rechne damit, daß sich der Pflegenotstand verschärfe, wenn das Gesundheitsamt ungeimpften Pflegekräften verbiete, an ihren Arbeitsplatz zurückzukehren. Gute Gründe für die Impfpflicht gebe es schon lange nicht und die Politik halte es auch gar nicht mehr für nötig, gute Gründe für ihre Maßnahmen zu nennen. Das sei ein Alarmzeichen, sagte Fachinger, und es brauche das Signal an die hessische Landesregierung.

Der Antrag wurde vom Rest des Hauses mit der fadenscheinigen Begründung abgelehnt, die AfD wolle die Kreisverwaltung (Gesundheitsamt) zu gesetzeswidrigem Handeln anhalten. Mit diesem Manöver umging man eine Beschäftigung mit dem Antrag in der Sache.